



www.weser-kurier.de

63. JAHRGANG · NR. 220

ABOCARD AKTUELL



Heute mit der Marktpartner-Übersicht in Ihrer Stadtteil- und Regionalausgabe

BEILAGE



TAGESTHEMEN

BREMEN
Seit Januar ist die Zahl der Straftaten um sieben Prozent gestiegen. Vor allem Autotarder sind aktiv.
SEITE 9

KULTUR
Das Theater Bremen eröffnet seine Spielzeit mit György Ligetis grotesker Weltuntergangsooper.
SEITE 25

VERBRAUCHER
Ob Telefonwerbung, oder Gewinnspiel – immer wieder fallen Verbraucher auf Abzockertricks herein.
SEITE 33

SPORT

FUSSBALL CHAMPIONS LEAGUE
Glasgow Rangers - VfB Stuttgart 2:1
SEITE 27

WETTER

Tagsüber 14°	Nachts 12°	Regen 75%
---------------------	-------------------	------------------

> Ausführliche Informationen auf **SEITE 8**

INHALT

Rätsel & Roman	5
Fernsehen	6
Blick in die Welt	7
Bremen	9
Tipps & Termine	12
Niedersachsen	17
Wirtschaft	19
Familienanzeigen	22
Leserforum	23
Kultur	25
Sport	27
Veranstaltungsanzeigen	32
Verbraucher	33
Finanzen	34
Rat & Hilfe	35

H 7166 • 28189 BREMEN



Kinder haben noch Träume: Doch angesichts von Armut und Chancenungleichheit zerplatzen manche davon wie Seifenblasen.

FOTO: DPA

Flagge zeigen für arme Kinder

ESSEN (DPA-KAI). Der Deutsche Kinderschutzbund hat zum heutigen Weltkindertag von der Bundesregierung mehr Hilfen für die 2,6 Millionen von Armut bedrohten Kinder gefordert. „Jedes sechste oder vielleicht sogar jedes dritte Kind droht zum Leistungsempfänger zu werden, weil Armut erblich ist“, sagte der Präsident der Organisation Heinz Hilgers. Im Essener Grugapark stellten Grundschüler gestern 25.000 Fähnchen auf – jedes symbolisch für ein in Armut lebendes Essener Kind. Heute sollen in 110 Städten in Deutschland insgesamt 2,6 Millionen kleine Flaggen auf die schwierige Lage von Kindern in einkommensschwachen Familien aufmerksam machen.

Hilgers unterstützte die Forderung nach einer Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz. Durchsetzbare Kinderrechte könnten seinen Worten nach verhindern, dass zum Beispiel Anwohner erfolgreich gegen einen Kinderspielplatz oder eine Schule in einem Wohngebiet klagen. Außerdem werde so eine Überprüfung aller Gesetze angeregt, „ob sie denn den Kinderrechten gerecht werden“. Auch das Kinderhilfswerk UNICEF plädierte für Kinderrechte im Grundgesetz. UNICEF-Vorsitzende Heide Simonis erklärte, die Chancen stünden nicht schlecht. Bundeskanzlerin Merkel habe zugesagt, diese Initiative zu prüfen.

> Kommentar Seite 2
> Berichte Seite 3

EU geht gegen Energieriesen vor

Brüssel verspricht sinkende Preise für Verbraucher

BRÜSSEL (DPA). Die EU-Kommission will die Marktmacht der großen Energieversorger bescheiden und verspricht sich davon sinkende Preise zum Wohle der Strom- und Gaskunden in Europa. Die Brüsseler Behörde beschloss gestern einen Gesetzesvorschlag für mehr Wettbewerb.

„Das geht sicherlich in Richtung Preissenkung“, sagte Energiekommissar Andris Piebalgs nach der Entscheidung. Kernpunkt des Vorschlags ist eine Entflechtung der Konzerne: Die Unternehmen sollen sich von ihren Leitungsnetzen trennen oder diese von einem unabhängigen Betreiber managen lassen.

In einigen EU-Staaten wie etwa Großbritannien sind Produktion und Transport von Energie bereits getrennt. Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes rechnete vor, dass die Strompreise vor Steuern für Endverbraucher in Deutschland deutlich höher lägen als in Großbritannien. „Deutsche Verbraucher zahlen 31 Prozent mehr“, sagte Kroes. Dabei lägen die Großhandelspreise für Elektrizität dort niedriger: „Das zeigt, dass die Margen in Deutschland viel höher sind als im Vereinigten Königreich.“

Mehr Wettbewerb sei nur zu erreichen, wenn die Netze unabhängig von den Produzenten betrieben würden. Dafür solle der Kommissionsvorschlag sorgen: „Alles wird im Vergleich mit dem heutigen System besser“, versprach die Kommissarin.

Die Kunden sollen nach dem Willen der Kommission „eine echte Wahl“ ihres Anbieters bekommen. Der Vorschlag sieht vor, dass die Verbraucher monatlich über ihren Energieverbrauch und die Kosten informiert werden. Das Ziel sei „eine bessere Versorgung zu günstigeren Preisen“, erläuterte Piebalgs.

Frühere Brüsseler Versuche, einen funk-

tionierenden Binnenmarkt für Energie zu schaffen, „haben nur begrenzten Erfolg gezeigt“, räumte Kommissionspräsident José Manuel Barroso ein. Er zeigte sich überzeugt, dass die Mitgliedstaaten im Ministerrat und das Europa-Parlament die vorgeschlagene Verordnung rasch verabschieden.

> Kommentar Seite 2
> Bericht Seite 19
> Internet www.weser-kurier.de



Front gegen Energiekonzerne: EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes. FOTO: DPA

Wasser strömte ins Überseemuseum

BREMEN (ROG). Schreck in der Morgenstunde: Mit einer Hiobsbotschaft weckte gestern früh der Hausmeister des Überseemuseums Direktorin Wiebke Ahrndt. Über Nacht hatte sich das Wasser einer aufgerissenen Trinkwasserleitung unter dem Pflaster vor dem Haus einen neuen Weg gesucht. Der Strom ergoss sich über einen Schornsteinschacht in die Tiefen des Überseemuseums. Am Ende standen über 8000 Quadratmeter des Kellers bis zu 1,70 Meter tief unter Wasser. „Ein Desaster“, beschrieb die Direktorin ihren ersten Eindruck von der Unglücksstelle. In den Fluten versanken wertvolle Exponate und einmalige Sammlerstücke. Über neun Stunden benötigten die Pumpen der Feuerwehr, um den Keller wieder trocken zu legen.

> Bericht Seite 9

SPD distanziert sich von Jung

BERLIN (DPA). Die SPD hat sich im Bundestag deutlich vom Verfassungsverständnis von Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) distanziert. Diese Diskussion schade der Großen Koalition, sagte der SPD-Verteidigungspolitiker Rainer Arnold gestern in einer aktuellen Stunde im Bundestag. Arnold kritisierte die Überlegungen Jungs, unter Berufung auf einen „übergesetzten Notfall“ im Terrorfall eine Passagiermaschine abschleppen zu lassen. Das vom Grundgesetz garantierte Recht auf Leben könne nicht ausgehebelt werden. Auch der Bundeswehrverband bekräftigte seine Kritik. Zwar sei es verständlich, dass Jung „die Sorge vor Ohnmacht“ umtreibt. Jedoch dürfe die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts keinesfalls ignoriert werden. „Ein finaler Rettungstotschlag erscheint vor diesem Hintergrund ziemlich verwegend.“

UN-Resolution steht noch aus

Heutige Debatte über Afghanistan fraglich / Kabinett für Mandat

BERLIN (DPA). Die Bundeswehr soll nach dem Willen der Regierung mindestens ein weiteres Jahr in Afghanistan bleiben. Das Bundeskabinett stimmte gestern der Verlängerung der deutschen Beteiligung an der internationalen Schutztruppe ISAF und an der Tornado-Mission zu. Beide Mandate sollen zusammengelegt werden.

Fraglich ist jedoch, ob der Bundestag sich bereits heute in erster Lesung damit befassen kann. Gestern Abend lag die dafür notwendige Resolution des UN-Sicherheitsrats in Berlin noch nicht vor. Ein UN-Sprecher erklärte, mit der Verabschiedung sei spätestens am Freitagmittag zu rechnen. Hintergrund der Verzögerung ist ein Formulierungsstreit zwischen Japan und Russland.

Falls bis zum Sitzungsbeginn des Bundestags heute um 9 Uhr kein grünes Licht aus New York gegeben wird, müsste die Afghanistan-Debatte aus formalen Gründen ver-

schohen werden. Der Termin für die am 12. Oktober geplante Schlussabstimmung wäre aber dadurch nicht gefährdet, hieß es in Parlamentskreisen. Erst im November wollen die Abgeordneten über die weitere deutsche Beteiligung an der von den USA geführten Anti-Terror-„Operation Enduring Freedom“ entscheiden.

Die Tornados waren im April nach Afghanistan geschickt worden, um der NATO-Bitte nach Aufklärung vor allem von Taliban-Stellungen nachzukommen. Für die ISAF stellt die Bundeswehr 3000 Soldaten, für die Tornados bis zu 500.

Der UN-Sondergesandte für Afghanistan, der Deutsche Tom Koenigs, rief Europa zu mehr militärischem Engagement auf. Die Europäer könnten nicht die USA kritisieren, die die Hauptlast in Afghanistan trügen, und zugleich ein stärkeres Engagement in der ISAF ablehnen.

Mindestlohn für Briefzusteller auf dem Weg

Müntefering überlistet Glos: Scharfe Kritik der Arbeitgeber am Kabinettsbeschluss

Von unserem Korrespondenten
Dietrich Eickmeier

BERLIN. Die Bundesregierung hat die Einführung eines Mindestlohns für Briefzusteller auf den Weg gebracht. Zuvor hatten Vizekanzler Franz Müntefering und Wirtschaftsminister Michael Glos einen Kompromiss vereinbart, wonach Zeitungsboten, Paket- und Kurierdienste nicht in das Entsendegesetz aufgenommen werden sollen, das Voraussetzung für einen Mindestlohn ist. Dabei hat Müntefering Glos überlistet.

Durch die Einigung sei klargestellt, dass nur erfasst sei, wer Briefe austrage, sagte der Arbeitsminister gestern nach der Kabinettsitzung, machte aber zugleich deutlich, dass die Mindestlohnregelung nicht nur für klassische Briefträger gelten soll: „Alle, die Briefe tragen, sind Briefträger“, so Müntefering, also gelte ebenso für Paket- und Zeitungszusteller ein Mindestlohn, wenn diese gelegentlich auch Briefe austragen. Er zeigte sich überzeugt, dass der Mindestlohn rechtzeitig zum Wegfall des Briefmonopols

der Deutschen Post Anfang 2008 in Kraft treten werde.

Müntefering und der SPD-Arbeitsmarktexperte Klaus Brandner widersprachen dem Vorwurf, der Mindestlohn benachteilige die privaten Konkurrenten der Post wie PIN und TNT, die einen eigenen Verband mit dem früheren Chef der Bundesagentur für Arbeit, Florian Gerster, an der Spitze gegründet haben. Die Aushandlung eines Tarifvertrages sei den Tarifparteien überlassen, so Müntefering.

Der von der Post AG dominierte Arbeitgeberverband Postdienste und ver.di hatten vor kurzem einen Mindestlohn von 9,80 Euro für Briefträger im Westen und 9,00 Euro im Osten ausgehandelt, den der Arbeitsminister „für allgemein verbindlich erklären“ möchte. Faktisch würden von der Post AG aber Löhne zwischen 11,43 und 16,78 Euro gezahlt, so Brandner.

Mit der Beschränkung auf die Briefdienste sind laut Müntefering auch Bedenken vom Tisch, der Tarifvertrag könnte dem Entsendegesetz nicht entsprechen, weil er

weniger als 50 Prozent der betreffenden Beschäftigten umfasst. Bei den Briefdiensten sei diese Grenze weit übererfüllt.

Dem widersprachen der Bundesverband der Arbeitgeber als auch der Verband Deutscher Zeitungsverleger und der Bundesverband der Kurier-Express-Post-Dienste. Nach ihrer Rechnung beschäftigen die im Arbeitgeberverband Postdienste organisierten Unternehmen 119.000 Arbeitnehmer. Diesen stünden aber mindestens 270.000 Beschäftigte bei Wettbewerbern gegenüber, die nicht in dem Verband organisiert seien.

„Die Behauptung, dass Zeitungszusteller nicht mehr von dem vorgesehenen Mindestlohn erfasst werden, ist eine Täuschung“, sagte BDA-Geschäftsführer Reinhard Göhner: „Mindestens 90.000 Zeitungsboten verteilen in Deutschland gelegentlich auch Briefe.“ Deshalb würden sie ebenso wie Spediteure oder Taxifahrer, die ab und zu Briefe beförderten, von der Regelung erfasst.

> Kommentar Seite 2
> Internet www.weser-kurier.de

Bremen hat die ältesten Lehrer

WIESBADEN (DPA). Die Lehrer in Deutschland sind im Durchschnitt älter als ihre Kollegen in anderen Industrieländern. Mehr als jeder zweite Pädagoge, der zwischen Kiel und Konstanz bis einschließlich Klasse 10 unterrichtet, ist mindestens 50 Jahre alt. „Im OECD-Mittel war weniger als ein Drittel der Lehrkräfte in dieser Altersgruppe“, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Oberstufen-Lehrer wurden nicht berücksichtigt.

Bei den Grundschullehrern hatten Bremen (65,6 Prozent) und das Saarland (62,5 Prozent) den höchsten Anteil von älteren Lehrern. In der Unter- und Mittelstufe liegen Bremen (56,2) und Hessen (55,9) vorn.

Nach der gestern vorgelegten OECD-Bildungsuntersuchung erreichte Deutschland 2005 einen überdurchschnittlich hohen Anteil bei den Hochschulabsolventen in naturwissenschaftlich-technischen Fächern. Die Quote lag bei 33 Prozent, während sie im Mittel der OECD nur 25 Prozent betrug. Besonders groß war der Anteil in Sachsen und Baden-Württemberg mit rund 40 Prozent.